

handelt es sich nämlich vor allem um die Großisten. Sie kaufen zu Fabrikpreisen und diese sind durchweg um 25 bis 30 Prozent niedriger als die angelegten Detailpreise, außerdem bekommen sie aber noch Rabatte, die 5 Prozent und mehr ausmachen. Sie sind also in der Lage zu solchen Preisen zu verkaufen, daß der Detaillist, der von ihnen kauft, immer noch Profit macht, wenn er unter dem Einheitspreis verkauft. Nun suchen die Fabrikanten diese Großisten zu verdrängen, indem sie durch ihre Reisenden und Agenten direkt an die Detaillisten sich wenden. Sie haben auch bereits Erfolge erzielt und zwar nicht zum geringsten Maße durch die unermüdete Reklame: hat eine Marke durch die Reklame sich dem Publikum so eingeprägt, daß es sie in den Geschäften verlangt, dann muß der Händler diese Marke verlangen und der Großist kann verdrängt werden. Aber die Großisten haben einen andern Trumpf in der Hand: die Händler führen nicht nur Zigaretten, sondern vor allem Zigarren. Diese kaufen sie vom Großisten und zwar auf Kredit. Da heißt es denn: kaufst du keine Zigaretten, so bekommst du auch keine Zigarren. Und da 90 Prozent von all den kleinen Zigarrenhändlern heute Schuldschläger der Großisten sind, so verfügen diese über den Absatz.

Einen Ausweg gibt es da freilich: der Zusammenschluß der Fabrikanten würde die Großisten lahmlegen. Ein solcher Zusammenschluß ist sehr wohl möglich, denn zwischen den etwa 24 Großbetrieben kann er leicht erzielt werden. In Amerika und England beherrscht der Tobaktrakt das Gebiet vollständig und es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Trust in Deutschland entsteht. Die Amerikaner haben 1901 bereits einen Vorstoß versucht. Sie kauften damals die Fabrik von Yasmah in Dresden und machten sie zu einem der leistungsfähigsten Betriebe. 1903 kauften sie auch die Fabrik von Jofetti in Berlin. Seitdem ist es still geworden. Doch meint Bormann, daß inzwischen auch noch ein paar andere Betriebe in aller Stille aufgekauft worden sind. Bei dem jetzigen Streite stehen die genannten Trustfabriken im Vordergrund und es liegt daher nahe, daß in der Tat der Trust im Anmarsch ist. Dann würden allerdings die Großisten ausgespielt haben und auch den Mittelbetrieben würde es an Hals und Kragen gehen.

Wie es den Arbeitern dieser Industrie ergeht, darüber in einem zweiten Artikel.

Haus den Reichstagskommissionen.

Die Fernspreckgebührenordnung wurde von der Budgetkommission in erster Lesung erledigt. Gegenüber dem Regierungsentwurf wurden für den Verkehr mit außerhalb des Spreckortes liegenden Anschlüssen wesentliche Verbesserungen erzielt. Statt der niedrigsten Gebühr von 20 Pfennig für 25 Kilometer wurde beschlossen, daß bis 20 Kilometer Entfernung 10 Pfg., bis 25 Kilometer 20 Pfg., und bis 50 Kilometer 25 Pfg. Gebühr zu erheben sind. Die Regierung hatte im Entwurf die weiteren Zonen wie folgt projektiert: bis 100 Kilometer 50 Pfg., bis 250 Kilometer 75 Pfg., bis 500 Kilometer 1.— M., bis 750 Kilometer 1.50 M., bis 1000 Kilometer 2.— M. und über 1000 Kilometer für je 250 Kilometer 50 Pfg. mehr. Ein mit der Regierung vereinbarter Zentrumsantrag wollte die Zone von 100—250 Kilometer befristigen, wodurch, wie die Sozialdemokraten betonten, der Fernspreckverkehr, z. B. von Berlin nach Hamburg, Leipzig, Dresden und Magdeburg, ebenso der Verkehr innerhalb Sachsens, Thüringens und dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet wesentlich verteuert werden würde. Der Umfang dieses Verkehres wird durch die Angabe der Regierung illustriert, daß die Einführung der 75-Pfg.-Gebühr einen Einnahme-Ausfall von 1,7 Millionen zur Folge haben werde. Mit 11 gegen 9 Stimmen wurde aber die 75-Pfg.-Zone beschlossen, worauf der Staatssekretär erklärte, daß unter diesen Umständen das Gesetz für die Regierung unannehmbar werde. Die Reichspartei kündete daraufhin ihren Umfall an. Beschlossen wurde ferner, daß die Gesprächsgebühr im Ortsverkehr 4 Pfg. für jede Verbindung beträgt. Neben ihr ist aber die Pauschalgebühr zulässig, die nach der Zahl der Verbindungen gestuft ist. Die Pauschalgebühr beträgt bei nicht über 2000 Verbindungen 75 M. jährlich, bei mehr als 2000 Verbindungen bis einschließlich 4000 Verbindungen 140 M., mehr als 4000 Verbindungen bis 6000 Verbindungen 200 M., mehr als 6000 Verbindungen bis 8000 Verbindungen 250 M., mehr als 8000 Verbindungen bis 10000 Verbindungen 300 M. Die Höchstzahl der bei einem Anschluß zulässigen Gesprächsverbindungen beträgt 1000 jährlich. Das Gesetz soll am 1. Oktober 1911 in Kraft treten.

Polly sagte die ihr mitgeteilte Neuigkeit offenbar gerade von der entgegengesetzten Seite auf; sie sah ihn höchst vergnügt und heiter. „Und was kümmerst du dich weiter um die Schule? Mit der werden wir wohl noch fertig werden.“

„Höre, Polly! Glaubst du, könnte ich wohl so eine Stunde täglich auf eurem Tafelboden kommen und dort Dienste tun wie ein anderer Lehrling? Glaubst du, daß du deinen Großvater dazu bewegen könntest?“

„Großvater? den bringe ich zu allem, wenn ich will.“

„Willst du es versuchen, Polly?“

„Verlaß dich drauf! Ist deine Mutter drinnen?“

„Ja.“

Polly schlüpfte durch die Tür, während Bernt einigemmaßen getrübt mit seinem verweinten Gesicht sitzen blieb und weitergrübelte. Was seine Bitterkeit ins Uebermaß steigerte, war der Umstand, daß eben vorhin in der Mittagstunde der Bergener gehuert worden war, just ehe er selbst zu wissen bekommen hatte, daß er nicht mit durfte.

Polly erhielt an diesem Tage von Madam Kristensen nicht bloß einen sondern zwei Pfefferkuchen, einen gleich zu essen und einen, um ihn im Beutel nach Hause zu nehmen.

„Höre, Polly,“ sagte sie jetzt, „du hast ja draußen in der Küche mit Bernt gesprochen?“

„Ja, er hat geweint.“

„Glaub mir, es tut mir leid um ihn, Polly! Er darf nicht mitfahren und soll hier bleiben und in die Schule gehen.“

Polly nickte zustimmend mit dem Kopfe.

„Sonst hätte er von jetzt bis Weihnachten frei gehabt!“ sagte sie.

„Sieh nur zu, Polly, daß die andern Jungens nicht wieder so garstig gegen ihn sind. Er weiß sich so wenig in acht zu nehmen, und wenn seine Eltern fort sind, hat er niemanden, der ihm von irgendeiner Sekte hilft.“

„Taja, Madam Kristensen! Es soll sich nur einer unterstellen, Bernt auch nur so viel wie anzurufen, so heße ich so viele Jungen auf ihn, von unten und von dem Schmiebehügel und von der Repperbahn, daß er sich schon vergehen lassen soll.“

Der Beratung des Reichsberaters zu dem Steuerergesetz stellen sich immer größere Schwierigkeiten in den Weg. Am Mittwoch wurde über den § 10 des Gesetzes verhandelt, der die zulässigen Abzüge regelt und zu dem nicht weniger als 15 Abänderungsanträge vorlagen. Schließlich wurde nach längerer Beratung beschlossen, daß von dem steuerpflichtigen Betrag in Abzug gebracht werden können: die Aufwendungen für Bauten, Umbauten und sonstige dauernde Verbesserungen, auch solche land- und forstwirtschaftlicher Art, ferner die Aufwendungen und Leistungen für Anlagen von Straßen, Kanalisation und andere öffentliche Einrichtungen, soweit keine Gegenleistung erfolgt. Vom Erwerbpreis werden ferner noch eine ganze Reihe Abzüge gestattet. Ein Antrag Krenndt wollte sogar Vermögensverluste, die nachweislich innerhalb des für die Steuerberechnung maßgebenden Zeitraumes dem Verkäufer durch Erwerb und Besitz des Grundstückes erwachsen sind, in Abzug bringen. Staatssekretär Wermuth erklärte, wenn dieser Antrag angenommen werde, dann gebe man dem Gesetz den Todesstoß, dann bleibe nichts mehr übrig. Die Bestimmungen und Abzüge gingen so schon zu weit. Der Antrag wurde abgelehnt. Die §§ 12 und 13 wurden mit geringen Änderungen angenommen.

Das System der Getreideeinfuhrschneine stand am Dienstag in der Petitionskommission des Reichstages zur Verhandlung, da eine Anzahl Eingaben aus Interessentkreisen für und dagegen vorlagen. Einer klanglosen Erledigung wurde von sozialdemokratischer Seite widersprochen und beantragt, die Petitionen dem Reichskanzler als Material zu überweisen, wobei auch die seit vier Jahren eingegangenen Proteste aus den Kreisen der Bäcker, Müller usw. gelangten. Aus der Regierungsinstruktion, worin um die Hauptsache recht vorsichtig herumgegangen wird, wies Genosse Sachse nach, daß im Jahre 1908 gegen Einfuhrschneine 21,3 Millionen an Zoll berechnet wurden. Bis zum Jahre 1909 wuchs der Betrag schon auf 104 Millionen; im laufenden Jahre berechnet er sich für nur 10 Monate aber gar schon auf 97 Millionen. Insbesondere ist der deutsche Osten dabei interessiert, wo die Müller selbst bei der günstigsten Ernte wenig Arbeit haben, weil eine Massenexport des Getreides auf Einfuhrschneine nach Rußland stattfindet. Die Petitionen wurden als Material dem Reichskanzler überwiesen.

Haus der Partei.

Haus der Stuttgarter Parteibewegung.

Seit dem Magdeburger Parteitag und in verstärkter Form seit der württembergischen Landesversammlung ist die Stuttgarter Organisation und hauptsächlich deren Leitung der Gegenstand heftigster Angriffe gewesen wegen ihrer Klassenbewußten Haltung, die sie in die Gesamtpartei lebhaft berührenden Fragen eingebracht hat. Trotz oder auch wegen dieser Angriffe wies Stuttgart eine hoch erfreuliche Entwicklung der Organisation auf.

Der letzte Vierteljahrsbericht, den in einer Versammlung der Parteiführer Wullmer gab, verzeichnete in den Monaten Juli bis September 552 Neuannahmen, das ist die höchste Ziffer, die bislang erreicht wurde, sie übersteigt um 142 die Zeit von Januar bis März und um 101 die Zeit von April bis Juni. In den letzten beiden Monaten sind noch weitere 500 Mitglieder gewonnen worden, sobald im Verlaufe von fünf Monaten die Organisation um circa 1000 Mitglieder zunahm. Der Klassenbericht balancierte in Einnahmen und Ausgaben mit 13488,10 M. An die Kreis-, Landes- und Zentralkasse wurden insgesamt 3285,51 M. abgeführt. An Beitragsmarken sind in dem Vierteljahr 60702 männliche (+ 5808 gegen die Zeit von April bis Juni) und 8893 weibliche (+ 572) abgeführt worden.

Den Aufgaben, die sich die Parteileitung gesetzt hat — Aufklärung über das Wesen und das Ziel des Sozialismus, Durchdringung der Mitglieder mit sozialistischem Geiste; Erziehung zum Klassenbewußtsein — versucht sie vorläufig dadurch Rechnung zu tragen, daß sie an jedes neuemitteltende Mitglied die „Grundzüge und Forderungen“ von K. Kautsky und Schoenlant kostenlos abgibt, ferner die Neue Zeit zum Vorzugspreis den Genossen liefert. Sodann hat sie beschlossen, den Schriftentrieb zu organisieren.

Bemerkenswert ist noch eine Versammlung, in der Genossin Rosa Lugenburg über Klassenkampf und Tagespolitik unter begeisteter Zustimmung der proletarischen Massen sprach. Diese Versammlung war von über 3000 Personen besucht. Sodann hat noch Genosse Pannekoek in mehreren Versammlungen durch Vermittlung der Parteileitung in der Stadt und auf dem Lande über: Die Machtmittel des Proletariats gesprochen, und Genosse Grunewald-Berlin in zwei Versammlungen über: Industrie und Landwirtschaft und: Bürgerliche Staatsformen und sozialdemokratische Arbeiterbewegung.

Auch die Frauenorganisation fängt an Früchte zu tragen, so daß die besten Hoffnungen bestehen, daß Stuttgart den anderen Großstädten bald nicht nachstehen wird. Denn auch hier merkt der Arbeiter mit der Zeit, daß er in dem „freien Süden“ nicht weniger ausgebeutet wird, als im „polizeifreien

„Schön, Polly!“ sie streichelte die Wange des Kindes — „aber sagen darfst du es Bernt nicht, daß ich dich gebeten habe, auf ihn achtzugeben. Wenn wir beide uns zu Weihnachten wiedersehen, mußt du mir alles erzählen, wie es gegangen ist. Wir kommen wohl auch nach Holland und da kaufe ich dir einen großen holländischen Pfefferkuchen mit Zitronat darin. Sieh, so groß! Aber was sagte er sonst zu dir, Polly — war er sehr traurig?“

„Er sagte nichts... anderes, als daß er, wenn er fleißig in der Schule lernte, wohl eine Stunde jeden Tag zu uns auf den Tafelboden kommen dürfe, um Lehrlingsarbeit zu tun. Und wenn Großvater wüßte, daß seine Mutter einverstanden damit sei, würde er es gern erlauben.“

„So? — wo ist dein Großvater jetzt?“

„An Bord des Adelften — beim Tafeln. Er kommt erst um sieben Uhr heim.“

„In diesem Nebelwetter!“ — Madam Kristensen bedachte sich ein wenig. Um sieben Uhr kam auch Kristensen heim. Sie öffnete die Tür zur Küche.

„Höre, Bernt! Der Adelften liegt ja hinter der Schiffswerft. Komm mit mir; ich habe etwas mit dem Tafelmeister zu sprechen.“

Sie nahm Mantel und Regenschirm und ging mit ihrem Sohne die Straße hinauf zum Haupthafen.

Kjelsberg war einer jener alten Ripper oder Meisterbootsmänner, die für ihren Beruf lebten und starben. Die ganze Welt war in seinen Augen nicht anderes als ein Fahrzeug, das unser Herrgott für das „Zeniets“ auf-takelte. Wind und Wetter hinderten ihn nicht in seiner Tätigkeit. Mit seinem krummen Rücken stand er da, meist auf demselben Fleck, — denn die steifen Beine gestatteten nicht viel Bewegung — stieß den Stock an die Decke und schalt und kommandierte, während er den Tabak mehr als als kaute. In diesen Tagen ging die Arbeit nun vom Morgen bis in die Finsternis. Raun zum Mittagessen nahm er sich Zeit; und auch seine Leute durften nicht auf viel Mittagsruhe hoffen.

(Fortsetzung folgt.)

Norden“. Nur Aufklärung über die wahren Verhältnisse und sein Einfließen mit den scheinbaren politischen Freisellen, die er genießt, ist mehr denn je notwendig.

Stadtordeordnetenwahltag. Bei den Stadtordeordnetenwahlen der 1. Abteilung in Detmold wurden zum ersten Male zwei Genossen gewählt.

Bei den Stadtordeordnetenwahlen in Mülheim a. Rh. legte die sozialdemokratische Partei mit Knapper Mehrheit über das Zentrum. Damit gleichen die ersten sechs sozialdemokratischen Stadtordeordneten in das Stadtparlament ein, in dem bisher das Zentrum den maßgebenden Einfluß ausübte. Mülheim ist die erste Stadtgemeinde des gesamten katholischen Rheinlandes, in der sozialdemokratische Stadtordeordnete gewählt wurden. Das Resultat ist für uns um so erfreulicher, da wir aus eigener Kraft siegen, trotz der ordinarischen Wahlaktion des Zentrums und der zwiespältigen Haltung der Liberalen. Einen glänzenden Sieg über das Zentrum errangen unsere Genossen bei der Stadtordeordnetenwahl in Hilders bei Düsseldorf, die am Donnerstag und Freitag vorgenommen wurde. Die beiden Kandidaten der Sozialdemokratie erhielten je 738 Stimmen, während es die Kandidaten des Zentrums auf 688 Stimmen brachten. Bei der Wahl vor zwei Jahren mußten sich unsere Genossen noch mit ganzen 186 Stimmen begnügen. Zum ersten Male ziehen zwei Sozialdemokraten in das Stadtparlament ein.

Reichstagskandidatur. In einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den zweiten Samdurger Wahlkreis wurde auf Vorschlag des Vorstandes und der Vertrauensleute Genosse J. S. W. Diez-Stuttgart, der seit langen Jahren Vertreter des Kreises ist, einstimmig wieder als Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt.

Schnelle Justiz. Bekanntlich war die Broschüre des Genossen Wendel: Die Plebsnot — die Gottesgnadentum beschlagnahmte worden, nachdem der kleine Heubrand im Reichstage kategorisch ein Einschreiten der Behörden gefordert hatte. Nun hat Wendel eine Auflage wegen Majestätsbeleidigung erhalten, desgleichen der Verleger und der Buchhändler. Auf den Hochverrat, mit dem die Beschlagnahme zuerst mitbegürtet worden war, scheint man jetzt also schon verzichten zu wollen. Dafür behnt die Staatsanwaltschaft aber das Verfahren auch auf den Verleger und Buchhändler aus. Warum nicht auch gleich noch auf den Seiger, Drucker und Kolporteur?

Die Staatsaktion gegen den Wahren Jakob. Gegen den verantwortlichen Redakteur des Wahren Jakob, Genossen Heymann in Stuttgart, ist nunmehr wegen der bekannten Katholikentagsnummer des Wahren Jakob das Hauptverfahren vor dem Stuttgarter Schwurgericht, wegen eines Vergehens der Verbreitung unzüchtiger Schriften und Abbildungen eröffnet worden. Das Vergehen soll darin bestehen, daß in dieser Nummer „auf Grund eines und desselben Vorlages“ 1. der Farrer Bauer dargestellt, der ein beinahe völlig nacktes Mädchen in offenbar unzüchtiger Abicht umfaßt, 2. auf einem anderen Bild „der Farrer Schueer ein nur wenig bekleidetes Mädchen mit vollständigem Ausbruch und offenbar in der Abicht des sofortigen Geschlechtsverkehrs umfaßt“. Wir vermuten, daß die Staatsanwaltschaft mit diesem eigenartigen Verurteil, ein Blatt zu verfolgen, das keinerlei Unsitlichkeiten mit seiner Veröffentlichung bezweckt, sondern ganz offenbar und ungelübt zwei schamlose geistliche Sittlichkeitsverbrecher an den Pranger stellen wollte, vor dem Stuttgarter Geschworenen keine Vorbeeren pfänden wird.

Eine zweite Auflage hat die Staatsanwaltschaft selbst fallen lassen. Genosse Heymann sollte noch eine Gotteslästerung im Sinne des § 166 des Str.-G.-B. begangen haben, indem er in einer anderen Nummer des Wahren Jakob ein Bild mit dem Titel: „Der Christus von Kalfschne“ veröffentlichte. Sittlich dieses Bild der Anlage wird jedoch, wie es in dem Beschluß heißt, der Angeklagte außer Verfolgung gelassen. Die von dieser Nummer beschlagnahmte Exemplare sind zurückgegeben.

Der verbotene Malumzug. In Offen hatte der Polizeipräsident zum 1. Mai einen Umzug verboten. Die Arbeiterzeitung brachte danach verschiedene Aufforderungen zur Teilnahme an der Malfeier. Daraus konstruierte die Staatsanwaltschaft die Aufforderung zu einem verbotenen Umzug. Das Schöffengericht verurteilte den Redakteur der Arbeiterzeitung, Genossen Steinbichler, zu 20 M. Geldstrafe, einen anderen Genossen, der den Aufzug „geleitet“ haben sollte, zu derselben Strafe. Dem Staatsanwalt war diese Strafe zu gering, er legte Berufung ein und hatte das Vergnügen, daß die Strafkammer die Strafe auf 50 M. erhöhte.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Tarifverhältnisse der Leipziger Buch- und Steinbrudereihilfsarbeiter.

Die Leipziger Buch- und Steinbrudereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen sehen im nächsten Jahre vor einer Revision ihrer Tarife. Wie dieser bisher von mehreren Unternehmern eingehalten worden ist, darüber berichtete in der letzten außerordentlichen Generalversammlung der Vorstandschaft Schultze, daß seit der letzten Versammlung (22. Oktober) folgende Differenzpunkte bei den zuständigen Instanzen unabhängig gemacht und teils erledigt worden seien.

In der Buchdruckerei Hallberg u. Wächting wurden fünf Hilfsarbeiter 1/2—1 M. unter dem Mindestlohn bezahlt; ihr Protest blieb unbeachtet. Erst nach schriftlicher Mahnung der Verbandsleitung wurde der geforderte Tariflohn bewilligt. Von einigen Verfügen gegen die Arbeitsnachweisbestimmungen wurde leider zu spät Meldung gemacht. Die Großbuchdruckerei J. Klinkhardt hat erst in diesem Jahre nach vierjähriger Tarifdauer den Mindestlohn für einen beträchtlichen Teil der Hilfsarbeiter bezahlt. Dennoch geben die Ueberstundenlöhne noch 11 Hilfsarbeitern zu Beschwerden Anlaß, da die Bezahlung pro Stunde 8—10 Pfg. unter dem Tarif sich bewegte. Das Eingreifen der Verbandsleitung war auch hier von Erfolge. Die Druckerei Ad. Förker hatte bei Einstellung ihrer Mitarbeiter vereinbart, kurze Ueberarbeit nicht zu bezahlen; ein Verstoß gegen § 8 des Tarifs. Nachdem die Ueberarbeit: sich immer mehr ausdehnte, baten die Geschädigten um die Hilfe der Organisation. Der Inhaber der Firma J. ließ sich denn auch von der Verbandsleitung, die Ueberstunden zu bezahlen, überzeugen, so daß auch dieser Fall durch den Organisationsvertreter seine Erledigung gefunden der Beschwerdeführer fand.

Derselbe Uebelstand herrscht bei der Großdruckerei D. Brandstetter. Die Firma hat mit den bei ihr beschäftigten vier Markthelfern ebenfalls vereinbart, für eine vor Jahren bewilligte Lohnzulage auf die künftige Ueberstundenbezahlung zu verzichten. Soweit die Firma nicht aus eigenem Anlaß diesen Zustand mit dem § 8 des Tarifs in Einklang bringt, werden die Tarifinstanzen angerufen werden.

Zwei Steinbleiser bei derselben Firma mußten um Bezahlung der Zeit klagen, in der sie wegen unzureichender Akkordarbeit aussetzen mußten. Durch Vermittlung gelang es endlich, die Firma Brandstetter zu bewegen, in Zukunft ihren Schließern den Tariflohn von 2 M. die Woche zu zahlen. Den Buchdruckernlehrlingen bei C. G. B. B. wurde trotz der bestehenden Tarifs der Lohn beträchtlich gekürzt. Durch energischen Protest der Geschädigten sah sich die Firma schließlich gezwungen, die volle gekürzte Summe von über 100 Mark für einige Wochen auszugeben.

Die Buchdruckerei von J. J. Weber stellte an einzelne Anlegern in Bezug auf dauernde Zeitemmässigkeit bei